



LGBTIQ*-Monitoring 2020

Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa
beobachtungsstelle@iss-ffm.de

Stand: Dezember 2020

Das **LGBTIQ*-Monitoring 2020** beinhaltet kurzzusammengefasst alle relevanten Entwicklungen und Aktivitäten der Europäischen Union und des Europarats sowie europäischer zivilgesellschaftlicher Organisationen zu den Rechten von lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, inter* und queeren Personen im Jahr 2020. Diese Informationen gehen aus dem monatlichen EU-Monitoring der Beobachtungsstelle hervor.¹ Ergänzend wird die erste LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie 2020–2025 der Europäischen Kommission ausführlicher vorgestellt.

Inhalt

1	Europäische Union	2
2	Europarat	11
3	Studien und weitere Publikationen	13
4	Besondere Tage und Veranstaltungen	15
5	Spezial: Backsliding in Polen	16
6	Empfehlung	16

¹ Die Beobachtungsstelle erstellt monatlich einen Überblick über die gesellschaftspolitischen Entwicklungen und Aktivitäten der Europäischen Union und des Europarats sowie der europäischen zivilgesellschaftlichen Organisationen. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf Themen in den Bereichen Kinder- und Jugendpolitik, Familien- und Vereinbarkeitspolitik, Gleichstellungspolitik und Politik für ältere Menschen. Wenn Sie das monatliche EU-Monitoring per E-Mail erhalten möchten, schreiben Sie uns unter Angabe Ihres Namens und Ihrer Organisation an: beobachtungsstelle@iss-ffm.de

1 Europäische Union

1.1 Europäische Kommission: LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie 2020–2025

Die Kommission hat am 12. November 2020 die erste [LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie 2020–2025](#)² verabschiedet. Diese ist das Ergebnis von Aufforderungen der Mitgliedstaaten³ und des Europäischen Parlaments⁴ mit starker Unterstützung der interfraktionellen Arbeitsgruppe für die Rechte von LGBTI-Personen⁵ und der Zivilgesellschaft, entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Die Strategie baut auf der [Liste von Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von LGBTI 2015–2019](#) auf. Sie ergänzt bestehende und künftige Initiativen zur Förderung der EU-Dimension der Gleichstellung im Allgemeinen.⁶

1.1.1 Inhalt

Die Strategie basiert auf vier Säulen:

- 1. Bekämpfung der Diskriminierung von LGBTIQ-Personen**
- 2. Gewährleistung der Sicherheit von LGBTIQ-Personen**
- 3. Aufbau von Gesellschaften, die LGBTIQ einschließen und**
- 4. Führungsrolle bei der Forderung nach der Gleichstellung von LGBTIQ in der ganzen Welt**

Zu den einzelnen Säulen werden jeweils konkrete Ziele und Handlungsvorschläge benannt, die bis 2025 zu erreichen sind, unter anderem:

1. Bekämpfung von Diskriminierung

Aktionsbereiche:

- Durchsetzung und Verbesserung des rechtlichen Schutzes vor Diskriminierung
- Förderung der Inklusion und Vielfalt am Arbeitsplatz
- Bekämpfung der Ungleichheit in Bildung, Gesundheit, Kultur und Sport
- Wahrung der Rechte von LGBTIQ, die internationalen Schutz beantragen

² Weitere Informationen: [Factsheet](#), [Pressemitteilung](#).

³ [Gemeinsames Non-Paper von 19 Mitgliedstaaten](#) vom 6. Dezember 2018 (in Englisch).

⁴ [Bericht über den EU-Fahrplan zur Bekämpfung von Homophobie und Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Orientierung und der Geschlechtsidentität \(2013/2183\(INI\)\)](#) vom 7. Januar 2014.

⁵ LGBTIQ-Personen sind Personen, die sich 1. von Personen ihres eigenen Geschlechts (lesbisch, schwul) oder jedem Geschlecht (bisexuell) angezogen fühlen, 2. deren Geschlechtsidentität und/oder geschlechtliche Ausdrucksform nicht mit dem bei der Geburt zugewiesenen Geschlecht übereinstimmt (trans*, nichtbinär), die 3. mit Geschlechtsmerkmalen geboren wurden, die nicht der typischen Definition von männlichem oder weiblichem Geschlecht entsprechen (intersexuell) und 4. deren Identität nicht in eine binäre Klassifikation der Sexualität und/oder des Geschlechts passt (queer).

⁶ EU-Strategie für die Rechte von Opfern, EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020–2025, Strategischer Rahmen der EU zur Gleichstellung, Inklusion und Teilhabe der Roma, Europäische Säule sozialer Rechte, EU-Aktionsplan gegen Rassismus 2020–2025, Strategie zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen 2021–2030, Kinderrechtsstrategie, Strategie zur Bekämpfung des Antisemitismus (4. Quartal 2021).

Schlüsselmaßnahmen der Europäischen Kommission:

- Vorlage von Rechtsvorschriften bis 2022, die an den anstehenden Bericht über die Umsetzung der Richtlinie über die Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf anschließen sowie die Rolle der Gleichstellungsstelle stärken
- Sicherstellung eines angemessenen Schutzes schutzbedürftiger Antragsteller (einschließlich LGBTIQ) im Rahmen des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und bei seiner Reform
- Gewährleistung der Unterstützung der Gleichstellung von LGBTIQ bei Maßnahmen im Rahmen des Asyl- und Migrationsfonds
- Unterstützung der für LGBTIQ-Personen – einschließlich der trans* und intersexuellen Gemeinschaften – relevanten Gesundheitsforschung durch Horizont Europa

Die Europäische Kommission wird die Mitgliedstaaten dabei unterstützen,

- den rechtlichen Schutz vor Diskriminierung aufgrund der sexuellen Ausrichtung, der Geschlechtsidentität/ geschlechtlichen Ausdrucksform und der Geschlechtsmerkmale in verschiedenen Bereichen sicherzustellen
- die sichere und inklusive Bildung für LGBTIQ-Kinder und -Jugendliche zu verbessern
- die besonderen Bedürfnisse von LGBTIQ-Personen, die internationalen Schutz beantragen, bei gleichzeitiger Gewährleistung sicherer Aufnahme-, Inhaftierungs- und Unterbringungsbedingungen sicherzustellen
- die Ausbildung von Schutzbeauftragten und Dolmetschern zu verbessern, die mit Asylanträgen von LGBTIQ-Personen befasst sind.

2. Gewährleistung von Sicherheit**Aktionsbereiche:**

- Verstärkung des rechtlichen Schutzes von LGBTIQ-Personen vor Hassdelikten, Hetze und Gewalt
- Stärkung der Maßnahmen zur Bekämpfung von gegen LGBTIQ gerichtete Hetze und Desinformation
- Meldung von Hassdelikten gegen LGBTIQ und Austausch bewährter Verfahren
- Schutz und Förderung der körperlichen und geistigen Gesundheit von LGBTIQ-Personen

Schlüsselmaßnahmen der Europäischen Kommission:

- Vorlage einer Initiative im Jahr 2021 zur Ausweitung der Liste der „EU-Straftaten“ (Artikel 83 AEUV) auf Hassdelikte und Hetze, einschließlich auf gegen LGBTIQ-Personen gerichtete Hassdelikte und Hetze
- Bereitstellung von Finanzierungsmöglichkeiten für Initiativen zur Bekämpfung von Hassdelikten, Hetze, Gewalt und schädlichen Praktiken gegen LGBTIQ-Personen

(Programm „Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“) und Förderung der Rechte der Opfer von Straftaten, einschließlich der LGBTIQ-Personen (Programm „Justiz“)

- Vorlage einer Empfehlung für die Verhütung schädlicher Praktiken gegen Frauen und Mädchen

Die Europäische Kommission wird die Mitgliedstaaten dabei unterstützen,

- bewährte Verfahren zum Schutz vor Hetze und Hassdelikten gegen LGBTIQ-Personen auszutauschen
- ein sicheres und unterstützendes Umfeld für LGBTIQ-Personen zu fördern, die Opfer von Straftaten wurden
- die Aus- und Fortbildung und den Kapazitätsaufbau im Hinblick auf die Strafverfolgung zu verbessern, um durch LGBTIQ-Phobie begründete Vorurteile besser zu erkennen und zu dokumentieren und für eine höhere Quote bei der Meldung von Straftaten zu sorgen.

3. Aufbau von Gesellschaften, die LGBTIQ einschließen

Aktionsbereiche:

- Sicherstellen der Rechte von LGBTIQ-Personen in grenzüberschreitenden Fällen
- Verbesserung des rechtlichen Schutzes für Regenbogenfamilien in grenzüberschreitenden Situationen
- Verbesserung der Anerkennung von trans* und nichtbinären Identitäten und von intersexuellen Personen
- Förderung eines positiven Umfelds für die Zivilgesellschaft

Schlüsselmaßnahmen der Europäischen Kommission:

- Überprüfung der Leitlinien für die Freizügigkeit von 2009 im Jahr 2022, um die Vielfalt der Familien widerzuspiegeln und dazu beizutragen, allen Familien einschließlich der Regenbogenfamilien die Ausübung des Rechts auf Freizügigkeit zu erleichtern
- Vorlegen einer horizontalen Rechtsetzungsinitiative zur gegenseitigen Anerkennung der Elternschaft zwischen den Mitgliedstaaten
- Prüfung möglicher Maßnahmen zur Unterstützung der gegenseitigen Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften zwischen den Mitgliedstaaten
- Bereitstellung von Finanzierungsmöglichkeiten, insbesondere im Rahmen des Programms „Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“

Die Europäische Kommission wird die Mitgliedstaaten dabei unterstützen,

- zugängliche Rechtsvorschriften und Verfahren zur rechtlichen Anerkennung der Geschlechtszugehörigkeit einzuführen

- die Einbeziehung von trans*, nichtbinären und intersexuellen Personen bei den einschlägigen Unterlagen, Anträgen, Erhebungen und Prozessen zu verbessern
- das Recht auf Freizügigkeit und die Rechtsvorschriften der EU zum Familienrecht strikt anzuwenden.

4. Führungsrolle bei der Forderung nach der Gleichstellung von LGBTIQ in der ganzen Welt

Aktionsbereich:

- Stärkung des Engagements der EU in Bezug auf Probleme von LGBTIQ in all ihren Außenbeziehungen

Schlüsselmaßnahmen der Europäischen Kommission:

- Durchführung von Maßnahmen zur Unterstützung der Rechte von LGBTIQ im Einklang mit dem Aktionsplan für Menschenrechte und Demokratie 2020-2024 und mit den EU-Leitlinien für die Förderung und den Schutz der Ausübung aller Menschenrechte durch LGBTI-Personen
- Gewährleistung der Unterstützung der Gleichstellung von LGBTIQ bei Maßnahmen im Rahmen des NDICI- und IPA-Fonds

1.1.2 Umsetzung der Strategie

Schlüsselmaßnahmen der Europäischen Kommission:

- Bewertung und Überwachung der Erfüllung der „grundlegenden Voraussetzung“ in Bezug auf die Grundrechtecharta, entsprechend dem Vorschlag der Kommission für eine neue Dachverordnung
- Überwachung der von der EU finanzierten Programme, um sicherzustellen, dass sie die Gleichstellung achten und mit dem EU-Recht einschließlich der Verträge und der Charta der Grundrechte im Einklang stehen
- Aufforderung an die FRA und das EIGE, den Mitgliedstaaten weiterhin technische Hilfe und methodische Unterstützung bei der Konzeption und Durchführung von Datenerhebungen zu LGBTIQ-Personen zu bieten.

Die Europäische Kommission wird die Mitgliedstaaten dabei unterstützen,

- nationale Pläne für die Gleichstellung der LGBTIQ zu entwickeln.

1. Einbeziehung der Gleichstellung von LGBTIQ in die Politik der EU

Zur Erreichung der in der Strategie festgelegten Ziele wird die Kommission die oben beschriebenen gezielten Maßnahmen mit einer **stärkeren Einbeziehung der Gleichstellung** kombinieren. Die Kommission wird sicherstellen, dass die Bekämpfung der Diskriminierung von LGBTIQ-Personen sowie die Förderung der Gleichstellung in **alle internen und externen politischen Maßnahmen, Rechtsvorschriften und Finanzierungsprogramme der EU**

integriert wird. Dies wird durch die allererste EU-Kommissarin für Gleichstellung und die spezielle **Taskforce für Gleichstellung** erleichtert.

2. Intersektionalität

Bei der Umsetzung dieser Strategie wird die Intersektionalität als bereichsübergreifender Grundsatz zugrunde gelegt: Neben anderen persönlichen Merkmalen oder Identitäten wie Geschlecht, Rasse/ethnischer Herkunft, Religion/Weltanschauung, Behinderung und Alter werden die sexuelle Orientierung, die Geschlechtsidentität/geschlechtliche Ausdrucksform und die Geschlechtsmerkmale berücksichtigt. Dieser Grundsatz dient dazu, die Rolle zu erklären, die diese Überschneidungen bei den Erfahrungen des Einzelnen mit Diskriminierung und Schutzbedürftigkeit spielen.

3. COVID-19

Mit der Strategie wird auch den Ungleichheiten entgegengewirkt, die durch die COVID-19-Krise, von der schutzbedürftige LGBTIQ-Personen unverhältnismäßig stark betroffen sind, deutlich sichtbar geworden sind. Im Rahmen dieser Arbeit wird die Kommission die Mitgliedstaaten dazu anhalten, die von der „**Next Generation EU**“ gebotenen Möglichkeiten zur Minderung der unverhältnismäßigen Auswirkungen der Krise und zur Förderung der Gleichstellung von LGBTIQ in vollem Umfang zu nutzen.

Darüber hinaus wird sich die Europäische Kommission bereithalten, den Mitgliedstaaten mit dem **Instrument für technische Unterstützung** dabei zu helfen, die Gleichstellung bei der Konzipierung und Umsetzung von Reformen durchgängig zu berücksichtigen.

4. Vergleichbare Gleichstellungsdaten

Die Kommission wird die Agentur für Grundrechte (FRA) und das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE) auffordern, den Mitgliedstaaten weiterhin **technische Hilfe und methodische Unterstützung bei der Konzeption und Durchführung von Datenerhebungen** hinsichtlich der Diskriminierung von LGBTIQ-Personen sowohl aus einem einzigen als auch aus mehreren Gründen zur Verfügung zu stellen. Außerdem wird sie die **Erhebung detaillierter intersektionaler Daten** durch die FRA, das EIGE und die Mitgliedstaaten unterstützen, insbesondere durch die Untergruppe Gleichstellungsdaten der Hochrangigen Gruppe für Nichtdiskriminierung, Gleichstellung und Vielfalt.

Darüber hinaus wird die Kommission einen **runden Tisch zu Gleichstellungsdaten** veranstalten, bei dem die wichtigsten Interessenträger zusammenkommen, um Hindernisse für die Erhebung von Daten im Zusammenhang mit der Rasse oder der ethnischen Herkunft zu untersuchen und Wege zu einem stärker harmonisierten Ansatz zu ermitteln, unter anderem zu intersektionalen Daten, beispielsweise zur Rasse oder ethnischen Herkunft und zur sexuellen Ausrichtung.

Die Kommission (Eurostat) wird ihre Arbeit an Gleichstellungsdaten im Allgemeinen fortsetzen, indem sie das Thema gegebenenfalls direkt bei den Mitgliedstaaten in technischen Sitzungen mit den nationalen statistischen Ämtern anspricht. Eurostat wird die Dienststellen der

Kommission methodisch unterstützen und die Möglichkeit bewerten, statistische Daten über LGBTIQ-Personen zu erheben, die von den Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis zur Verfügung gestellt werden.

2023 wird eine neue **Eurobarometer-Umfrage zur Diskriminierung in der EU** veröffentlicht. Die Kommission wird die FRA ferner anregen, im Jahr 2024 eine **umfassende LGBTIQ-Erhebung** durchzuführen.

5. Nationale Aktionspläne

Die Mitgliedstaaten werden angehalten, auf bestehenden bewährten Verfahren aufzubauen und eigene Aktionspläne zur Gleichstellung von LGBTIQ zu entwickeln. Ziel ist es, den Schutz von LGBTIQ vor Diskriminierung zu verstärken, die Umsetzung der in dieser Strategie festgelegten Ziele und Aktionen auf nationaler Ebene sicherzustellen und diese durch Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von LGBTIQ in den Zuständigkeitsbereichen der Mitgliedstaaten zu ergänzen.

Wie aus den [Abschlussbericht der Kommission zur Liste der Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung von LGBTI für den Zeitraum 2015–2019](#) (in Englisch) hervorgeht, haben die Mitgliedstaaten über die Entwicklung ihrer eigenen nationalen Aktionspläne für die Gleichstellung von LGBTIQ berichtet. Solche Aktionspläne sind wertvoll, da sie eine politische Verpflichtung zur Bekämpfung der Diskriminierung von LGBTIQ darstellen und von konkreten Maßnahmen zur Förderung der Gleichstellung begleitet werden.

Über die Umsetzung der in dieser Strategie dargelegten wichtigsten Maßnahmen hinaus wird die Kommission im Rahmen der Hochrangigen Gruppe für Nichtdiskriminierung, Gleichstellung und Vielfalt eine **Untergruppe für die Gleichstellung von LGBTIQ** einsetzen, um die Fortschritte in den Mitgliedstaaten auch in Bezug auf die Entwicklung nationaler Aktionspläne zur Gleichstellung von LGBTIQ zu unterstützen und zu überwachen.

6. Hauptstädte für Inklusion und Vielfalt

Die Kommission wird auch weiterhin die Bemühungen der Städte, auf lokaler Ebene eine solide Inklusionspolitik umzusetzen, unterstützen und sichtbar machen, beispielsweise, indem sie jährlich eine europäische Hauptstadt/europäische Hauptstädte für Inklusion und Vielfalt auszeichnet.

1.1.3 Nächste Schritte

Die Europäische Kommission wird regelmäßige Sitzungen auf politischer Ebene und auf Expertenebene mit der Zivilgesellschaft und den Mitgliedstaaten organisieren und an der Arbeit des Netzes der staatlichen LGBTI-Kontaktstellen des Europarates teilnehmen.

Sie wird die Umsetzung der in der Strategie dargelegten Maßnahmen regelmäßig überwachen und 2023 eine **Halbzeitüberprüfung** vorlegen.

1.2 Rat der EU: Deutsche Ratspräsidentschaft (1. Juli bis 31. Dezember 2020)

- Vom 1. Juli bis zum 31. Dezember 2020 hatte Deutschland den **Vorsitz im Rat der Europäischen Union** inne. Die Unterstützung der LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie der Europäischen Kommission (siehe 1.1) und die vollumfängliche Anerkennung von Regenbogenfamilien in der Europäischen Union gehörten zu den **Schwerpunkthemen des BMFSFJ**.
- Am 18. und 19. November 2020 hat das BMFSFJ gemeinsam mit der Beobachtungsstelle im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und anlässlich des Beginns des Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarats eine internationale Fachkonferenz zum Thema **„Intersektionalität und LSBTI-Politik in Europa – Lebensrealitäten von lesbischen* Frauen und Anerkennung von Regenbogenfamilien“** durchgeführt ([Pressemitteilung](#) des BMFSFJ, [Konferenzdokumentation](#), en).

Helena Dalli, EU-Kommissarin für Gleichstellung, nutzte die Konferenz als Plattform, um die neue **LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie** (siehe Kapitel 1.1) vorzustellen. Diese diskutierte sie anschließend gemeinsam mit Bundesgleichstellungsministerin Franziska Giffey und der Generalsekretärin des Europarats Marija Pejčinović Burić im Rahmen eines **High Level Panels** (Facebook-Livestream des BMFSFJ mit deutscher Übersetzung).

1.3 Europäisches Parlament

- Am 20. März sandten die Mitglieder der interfraktionellen Arbeitsgruppen des Europäischen Parlaments zu LGBTI und Kinderrechten einen **Brief** (en) an Helena Dalli, EU-Kommissarin für Gleichstellung. Sie fordern die Kommissarin dazu auf, die **Anerkennung von und Wahrung des Rechts auf Freizügigkeit für Regenbogenfamilien** und Kinder in Regenbogenfamilien über alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union hinweg zu gewährleisten. Derzeit unterscheiden sich die Rechtslagen in den Mitgliedstaaten stark.
- Am 17. September beschlossen die Abgeordneten eine **Resolution** (de), in der sie den Rat der Europäischen Union auffordern gemäß dem Verfahren nach Artikel 7 Absatz 1 EUV festzustellen, dass eine eindeutige Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der Rechtsstaatlichkeit durch die Republik Polen besteht. Die Abgeordneten zeigten sich im Kontext der abnehmenden **Unabhängigkeit der Justiz in Polen** besonders besorgt über die **anhaltende Diskriminierung von LGBTI-Personen**.
- Die **LGBTI Intergroup** des Europäischen Parlaments hat am 12. Oktober Kommissionspräsidentin von der Leyen und Kommissarin für Gleichstellung Dalli in einer **Stellungnahme** (en) aufgefordert, sicherzustellen, dass die spezifischen Interessen von LGBTI-Frauen in der von der Kommission angekündigten LGBTI Equality Strategy gesondert berücksichtigt werden. Die Intergroup hebt insbesondere die folgenden Punkte hervor: 1) Berücksichtigung der intersektionalen Diskriminierungsgründe und Vermeidung eines „one-size-fits-all“-Ansatzes, 2) Unterstützung der Forschung, um die schlechte Datenlage zur Situation von LGBTI-

Frauen zu verbessern, und 3) angemessene Finanzierungsmöglichkeiten für die Interessenvertretung spezifisch von LGBTI-Frauen.

- Am 25. November, dem Internationalen Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen, gaben die Europäische Kommission und der Rat Stellungnahmen im Parlament ab und diskutierten mit den Abgeordneten zu den Themen der **Istanbul-Konvention**, **Abtreibungsrechten in Polen** und der neuen **EU LGBTIQ-Gleichstellungsstrategie** ([Protokoll der Debatte](#); en).
- Der **wissenschaftliche Dienst des Europäischen Parlaments** (EPRS) hat im November ein aktualisiertes [Briefing](#) (en) zu den Rechten von LGBTI-Personen in der Europäischen Union herausgegeben.

1.4 Agentur für Grundrechte

- **Veranstaltungshinweis:** Am 17. März 2020 wird in Brüssel eine von der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) und der Europäischen Kommission ausgerichtete Konferenz zum Thema "[Pride versus prejudice: LGBTI people in the EU today](#)" (en) stattfinden. Im Rahmen der Konferenz wird die FRA die Ergebnisse ihrer [neuen EU-weiten Umfrage](#) (en) zu LGBTI Hassverbrechen und Diskriminierung vorstellen, die EU Kommission wird ihren letzten Bericht zur Umsetzung der [List of Actions to Advance LGBTI Equality](#) (en) von 2015 vorstellen. Die Veranstaltung kann ebenfalls via Livestream verfolgt werden. Weitere Informationen werden noch bekanntgegeben.
- Die im letzten EU-Monitoring für den 17. März angekündigte Veranstaltung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) und der Europäischen Kommission zum Thema "[Pride versus prejudice: LGBTI people in the EU today](#)" (en) wird voraussichtlich auf den 5. Mai verschoben. In jedem Fall werden die Ergebnisse der [neuen EU-weiten Umfrage](#) (en) der FRA zu **LGBTI Hassverbrechen und Diskriminierung** Anfang Mai veröffentlicht.
- Die Veröffentlichung der Ergebnisse der [EU-weiten Umfrage](#) (en) der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) zu **LGBTI Hassverbrechen und Diskriminierung** ist für den 14. Mai angekündigt: [Weitere Informationen](#) (en) werden noch bekanntgegeben.
- Am 14. Mai 2020 veröffentlichte die **Agentur der Europäischen Union für Grundrechte** (FRA) die Ergebnisse ihrer zweiten EU-weiten LGBTI-Erhebung „[A long way to go for LGBTI equality](#)“ (en). Bereits 2012 führte die FRA eine [erste EU-weite LGBT-Erhebung](#) durch, deren Ergebnisse 2013 vorlagen.

Die Zusammenfassung der aktuellen Ergebnisse, einzelne Länder-Factsheets zu den 30 betrachteten Ländern, der Fragebogen und die erhobenen Daten können auf der entsprechenden Themenseite der FRA eingesehen werden (alles en).

Die **zweite LGBTI-Umfrage der FRA** schließt im Gegensatz zur ersten Umfrage von 2012 ebenfalls Intersex-Personen sowie die Altersgruppen 15-17 ein. Des Weiteren wurden die teilnehmenden Länder um die EU-Beitrittskandidaten Serbien und

Nordmazedonien erweitert. Direktor der FRA, Michael O’Flaherty, bezeichnet die Ergebnisse in einem [Videostatement](#) (en) als maßgeblich und verheerend, insbesondere in Bezug auf die Erkenntnis der Umfrage, dass es **über die letzten 10 Jahre kaum Fortschritte** im Bereich der Diskriminierung, Hetze und Gewalt gegen LGBTI-Personen gab.

2 Europarat

2.1 Empfehlung des Ministerkomitees des Europarats an die Mitgliedstaaten über Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität (CM/REC(2010)5)

Die Empfehlung CM/Rec(2010)5 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten über Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität wurde am 31. März 2010 einstimmig angenommen. Sie ist damit das erste internationale Abkommen zwischen Regierungen, das sich mit der Diskriminierung von LGBT-Personen in Europa befasst. Seit ihrer Verabschiedung dient sie als Bezugsrahmen für Staaten und die Zivilgesellschaft gleichermaßen.

Die Empfehlung umfasst **12 Bereiche**: 1) Recht auf Leben, Sicherheit und Schutz vor Gewalt, 2) Vereinigungsfreiheit, 3) Meinungsfreiheit und das Recht, sich friedlich zu versammeln, 4) Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens, 5) Beschäftigung, 6) Bildung, 7) Gesundheit, 8) Wohnen, 9) Sport, 10) Asylrecht, 11) Nationale Menschenrechtsinstitutionen und 12) Diskriminierung aus mehreren Gründen

Die Sexual Orientation and Gender Identity Unit (SOGI-Unit) im Europarat wurde gemäß der Empfehlung CM/Rec (2010)5 des Ministerkomitees eingesetzt. Die Anlaufstelle bietet den Mitgliedstaaten technische Unterstützung und Fachwissen und hilft bei der Verbesserung der rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen. Darüber hinaus unterstützt die SOGI-Unit die Mitgliedstaaten beim Aufbau von Kapazitäten sowie beim Austausch bewährter Praktiken und bei der Sensibilisierung.

- Anlässlich des **10-jährigen Bestehens der Empfehlung** veröffentlichte der Europarat am 30. März 2020 ein [Statement](#) (en) von Snežana Samardžić-Marković, Direktorin des Generaldirektorates Demokratie des Europarats.
- Der im Mai veröffentlichte [Newsletter 1/2020](#) (de/en) der **Beobachtungsstelle** beinhaltet einen Beitrag der SOGI-Unit. Dieser wirft einen Blick darauf, wie andere Organisationen sich mit Diskriminierung aus Gründen der sexuellen Orientierung und Identität auseinandergesetzt haben.
- Der **Ministerrat des Europarats** hat im September den [Bericht zur Umsetzung](#) (en) der Empfehlung CM/REC(2010)05 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten über Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität zur Kenntnis genommen. Der Bericht basiert auf der Auswertung eines Fragebogens, die die Mitgliedstaaten ausfüllen und gibt einen umfassenden Überblick über den aktuellen Stand der Umsetzung der Empfehlung sowie gute Praxisbeispiele und Politiken.

2.2 Deutscher Vorsitz im Ministerkomitee (18. November 2020 bis 21. Mai 2021)

Am 18. November hat Deutschland für ein halbes Jahr bis zum 21. Mai 2021 den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats übernommen:

In die Zeit des deutschen Vorsitzes fällt zudem das 70. Jubiläum der Europäischen Menschenrechtskonvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Aus diesem Grund ist eine der Hauptprioritäten des deutschen Vorsitzes die Umsetzung der Rechte und Pflichten der Menschenrechtskonvention zu fördern und die Instrumente des Europarats in diesem Bereich zu stärken.

- [Offizieller Internetauftritt](#) (en/de/fr/it/ru) des deutschen Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarats
- [Pressemitteilung](#) vom 18. November (en/fr)
- [Webseite](#) (de/fr) der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland beim Europarat
- [Informationsdokument](#) (de): Prioritäten des deutschen Vorsitzes im Ministerkomitee des Europarates (November 2020 – Mai 2021)
- **Schwerpunkte der Bundesregierung**
 - Stärkung multilateraler Zusammenarbeit in Europa
 - Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie
 - „Du bist Europa“
- [Schwerpunkte und Aktivitäten des BMFSFJ](#) (de)
 - Rechte und Anerkennung von LGBTI-Personen in Europa:
 - Lebenssituation lesbischer Frauen und Anerkennung von Regenbogenfamilien: Auftakt des deutschen Vorsitzes: Konferenz zu „Intersektionalität und LGBTI-Politik in Europa im November 2020
 - Diskriminierungsschutz / LGBTI als Querschnittsfrage:
 - 10-jähriges Jubiläum: Empfehlung CM/Rec(2010)5 des Ministerkomitees an die Mitgliedstaaten über Maßnahmen zur Bekämpfung aufgrund von sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität
 - Abschluss des deutschen Vorsitzes: Veranstaltung im Mai 2021.

3 Studien und weitere Publikationen

- Am 27. Januar haben **ILGA-Europe** und die **Equal Rights Association (ERA)** ihren gemeinsamen [Bericht](#) (en) "LGBTI Enlargement Review" für das Jahr 2019 veröffentlicht. Im Bericht werden aktuelle Entwicklungen und Prioritäten im Bereich der **Rechte für LGBTI-Personen in EU-Beitrittsländern** dargelegt.
- Am 4. Februar hat **ILGA-Europe** seinen neunten [Jahresbericht](#) (en) zur **Situation von LGBTI-Personen** in 49 europäischen und fünf zentralasiatischen Staaten veröffentlicht. Der Bericht wird unter Beteiligung nationaler Aktivist*innen verfasst und analysiert die derzeitige Situation und informiert über aktuelle und aufkommende Trends über den Zeitraum des Jahres 2019. Neben dem Gesamtbericht sind ebenfalls eine Kurzfassung sowie die Länderprofile einzeln [online verfügbar](#) (en).

Der diesjährige Bericht von ILGA-Europe zeigt insbesondere einen starken Anstieg von Anti-LGBTI Rhetorik durch öffentliche Personen in Europa. Damit einhergehend stieg ebenfalls Hassrede im Netz an, aber auch physische Angriffe auf LGBTI-Personen nahmen zu.

- Am 11. Februar wurde ein [Bericht](#) (en) des **Network of European LGBTIQ* families associations (NELFA)** über **EU grenzüberschreitende rechtliche Anerkennung von Regenbogenfamilien** veröffentlicht. Hintergrund ist der uneinheitliche rechtliche Status von Regenbogenfamilien in den EU-Mitgliedstaaten. Der Bericht beschäftigt sich mit der Frage, ob das EU-Recht Mitgliedstaaten, in denen dieser rechtliche Status nicht gegeben ist, verpflichtet in einem anderen Land rechtlich anerkannte Regenbogenfamilien, die im Rahmen ihres Rechts auf Freizügigkeit das Land wechseln, ebenfalls anzuerkennen.
- Am 14. Mai hat **ILGA-Europe** die **Rainbow Map** und den **Rainbow Index für 2020** [veröffentlicht](#) (en). Die von ILGA-Europe mit Unterstützung nationaler Aktivistinnen und Aktivisten erstellte interaktive *Rainbow Europe Map* sowie die Jahresberichte zur Situation der LGBTI-Rechte in 54 europäischen und zentralasiatischen Ländern sind [hier](#) (en) abrufbar. ILGA-Europe warnt, dass die Situation der LGBTI-Rechte in Europa vor einem *make-or-break moment* stehen. In 49 Prozent der Länder des Index gab es über das letzte Jahr keine positiven Entwicklungen und Länder steigen zum wiederholten Male im Index ab, da bestehende Schutzsysteme abgebaut werden. Diese Erosion ist vor allem im Bereich der bürgerlichen und politischen Rechte deutlich.
- Der im Mai veröffentlichte [Newsletter 1/2020](#) (de/en) der **Beobachtungsstelle** gibt anlässlich der Ankündigung einer neuen LGBTI-Strategie der Europäischen Kommission einen Überblick über den bestehenden Diskriminierungsschutz von LGBTI-Personen auf EU-Ebene und die Anforderungen an einen neuen übergreifenden strategischen Rahmen.
- Am 19. Mai hat **ILGA-Europe** einen [Bericht](#) (en) zu den Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf die LGBTI-Gemeinschaft in Europa und Zentralasien veröffentlicht. Der Rapid Assessment Report beruht auf einer im Juni durchgeführten

Umfrage, an der 52 Organisationen aus 30 Ländern teilgenommen haben. Es werden sieben Themenfelder abgedeckt:

- Gesundheit und Zugang zu Gesundheitsversorgung
- Hate Speech durch politische / religiöse Führungspersonlichkeiten
- Häusliche Gewalt
- Zugang zu öffentlichen Hilfsprogrammen
- Zugang zu Recht und Rechtsmitteln
- Möglichkeiten für LSBTI-Organisationen sich mit Politikerinnen und Politikern auszutauschen und sich für die Rechte von LGBTI-Personen einzusetzen
- Weitere Themen

Der Bericht wird über die kommenden Monate mit neuen Erkenntnissen und Daten aktualisiert, u.a. mit einer Umfrage, die die **Organisation Intersex International Europe** (OII Europe) zu den spezifischen Auswirkungen auf Intersex-Personen durchführen wird.

- Am 24. Juni hat die **OECD** die Studie „[Over the Rainbow? The Road to LGBTI Inclusion](#)“ (en) veröffentlicht. Diese befasst sich mit der Frage, inwieweit die bestehenden Gesetze in den OECD-Ländern die Gleichbehandlung von LGBTI-Personen gewährleisten und welche ergänzenden Maßnahmen zur Förderung der Integration beitragen könnten. Begleitend zur Veröffentlichung gab es auch ein [Webinar](#) (en).
- Im November hat das **Rainbow Cities Network** für das Jahr 2020 eine [Übersicht](#) (en) an guten Praxisbeispielen aus seinen Mitgliedstädten veröffentlicht. Die „one-pagers“ geben einen Einblick in die Arbeit des internationalen Netzwerks und fördern das gegenseitige Lernen.

4 Besondere Tage und Veranstaltungen

4.1 Lesbian Visibility Day (26. April)

- Im Vorfeld des **Lesbian Visibility Day** (26. April) fand am 23. April eine Online-Konferenz zu den Lebensrealitäten lesbischer* Frauen, insbesondere unter dem Blickwinkel intersektionaler Diskriminierungsaspekte, statt. Die Veranstaltung wurde von der [Interfraktionellen Arbeitsgruppe zu LGBTI](#) des Europäischen Parlamentes und der [Eurocentralasian Lesbian* Community \(EL*C\)](#) gemeinsam organisiert. Neben einer Reihe von Aktivistinnen nahmen unter anderem MEPs dreier interfraktioneller Arbeitsgruppen (LGBTI, Disability sowie Anti-Racism and Diversity) teil. Des Weiteren wurde die Generaldirektion Justiz (DG JUST) der Europäischen Kommission unter anderem durch Direktorin Irena Moozová vertreten. [Pressemitteilung](#) (en) und [Mitschnitt der Konferenz](#) (en) von EL*C.

4.2 IDAHOBIT Tag (17. Mai)

- Der **Internationale Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transphobie bzw. -feindlichkeit** (englisch: *International Day Against Homophobia, Biphobia, Interphobia and Transphobia*, kurz IDAHOBIT) fand am 17. Mai 2020 unter dem Motto *Breaking the Silence* statt. Zu diesem Anlass wurden von vielen Akteuren auf europäischer Ebene entsprechende Statements veröffentlicht, welche sich oft besonders mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die LGBTI-Gemeinschaft in Europa beschäftigten.
 - [Berichterstattung](#) (de) des europäischen Nachrichtenportals EURACTIV
 - Überblick [Statements](#) (de) der **Europäischen Kommission** und Kommissionsmitgliedern
 - [Erklärung](#) (de) der **Generalsekretärin des Europarats**, Marija Pejčinović Burić, mit Fokus auf die Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf die LGBTI-Gemeinschaft. Im Fokus der Erklärung steht die Situation von jugendlichen LGBTI-Personen, die von ihrer Familie abgelehnt werden und deren Zugang zu LGBTI-Zentren und anderen Unterstützungsdiensten sehr eingeschränkt wird und obdachlose junge LGBTI-Personen.
 - **ILGA-Europe**, europäischer Dachverband von LGBTI-Organisationen, veröffentlichte eine [Briefing Note](#) (en) zu den Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf die LGBTI-Gemeinschaft und konkrete Handlungsempfehlungen für öffentliche Behörden.
 - **AGE Platform Europe**, Dachverband europäischer zivilgesellschaftlicher Organisationen für die Interessensvertretung von Personen über 50, hat einen [Artikel](#) (en) zur Situation älterer LGBTI-Personen und ihrem Umgang mit der Coronavirus-Pandemie veröffentlicht. Die Plattform kündigt an, einen gesonderten Fokus auf LGBTI-Personen in ihrem jährlichen Barometer für 2020 zu etablieren.

5 Spezial: Backsliding in Polen

- **ILGA-Europe** und die beiden polnischen **LGBT-Organisationen KPH** (Campaign Against Homophobia) und **Fundacja Równości** (The Equality Foundation) haben am 14. September eine Beschwerde über die Kommunalen Charta der Rechte von Familien und die Einrichtung sogenannter LGBT-freier Zonen in Polen bei der Europäischen Kommission eingereicht: [Pressemeldung](#) (en) von ILGA-Europe. Beide Erklärungen diskriminieren gegen LGBTI-Personen und verletzen somit geltende Rechtsvorschriften. Hierzu zählten die Richtlinie 2000/78/EG zur Gleichbehandlung in Beschäftigung und Beruf sowie Artikel 15 und 21 der Charta der Grundrechte der EU.
- Am 27. September wurde ein offener von 50 **Botschafterinnen und Botschaftern** sowie **internationalen Organisationen** unterzeichneter [Brief](#) (en) öffentlich, in dem die Unterzeichnenden den Grundsatz der Menschenrechte und bestehende Verpflichtungen beispielsweise auf Ebene des Europarats und der Europäischen Union für alle Regierungen betonen. Der Brief lobt die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen in Polen, die sich gegen die Diskriminierung auf Basis der sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität einsetzen. Berichterstattung der [DW](#) (en) und [EURACTIV](#) (en).

6 Empfehlung

- **ILGA World** hat seit November einen [Podcast](#) (en). Unter dem Titel „Making Rainbow Waves“ berichten LGBTI Aktivist*innen weltweit über ihre Arbeit und ihr Leben.

Die **Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa** ist ein Projekt des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V., welches aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird. Die Publikation gibt nicht die Auffassung der Bundesregierung wieder. Die Verantwortung für den Inhalt obliegt der Autorin. Die Beobachtungsstelle widmet sich in ihrer Arbeit der europäisch-vergleichenden Analyse gesellschaftspolitischer Trends und Entwicklungen.